

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Februar 2014, 23. Jahrg.

Stärkere Agrarwirtschaft durch Vernetzung

Von Cindy Panzer

Zur Stärkung der nachhaltigen regionalen Landwirtschaft hat die rot-rote Koalition am 22. Januar 2014 einen Antrag in den Brandenburgischen Landtag eingebracht. „Ziel“, so der agrarpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE., „sei die bessere Veredelung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten aus der Mark. Nur elf Prozent der Bioprodukte, die auf dem Berliner Markt angeboten werden, stammen aus Brandenburg. Da haben wir noch ein riesiges Potenzial.“



Die Bilder entstanden während der alljährlichen Sommertouren des Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt (DIE LINKE)

Fotos: privat

WAV dreht sich im Kreis

Barnimer Kommunalaufsicht stellt sich gegen Kreditaufnahme wegen Altanschießern

OW-Beitrag

Die Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim hat Anfang Januar mitgeteilt, dass sie einer Kreditaufnahme des Wasser- und Abwasserverbandes Panke-Finow (WAV) zur Rückzahlung von Neuanschießer-Beiträgen nicht zustimmen würde.

„Damit ist eine Lösung des Problems um die Altanschießer-Beiträge nicht in Sicht“, kommentiert André Stahl, Bürgermeister Biesenthals (LINKE), der seine Stadt in der Versammlung vertritt. Stahl hatte im November einen „5-Punkte-Plan“ zur Lösung vorgeschlagen. Danach hat der WAV keine weiteren Bescheide versendet und die Zahlungsfrist verlängert. Kernpunkt des Vorschlages war jedoch, dass die Kommunalaufsicht einer Kreditaufnahme des Verbandes zustimmt. Nur dann wäre es möglich, eine Umstellung vom Beitrags- auf das Gebührenmodell vorzunehmen. Danach könnte die Satzung des WAV geändert werden. Diejenigen, die in den vergangenen Jahrzehnten Neu-

anschießer-Beiträge gezahlt haben, erhalten diese zurück und es werden Gebühren erhoben. Die Rückzahlung würde 29,7 Millionen € umfassen. Dass eventuell Beitragszahler ihre Rückforderung nicht geltend machen – zum Beispiel gehören auch kommunale Wohnungsunternehmen zu den Begünstigten – lässt die Kommunalaufsicht kreditmindernd nicht gelten. Ebenso könne aus ihrer Sicht der Kreditrahmen nicht gesenkt werden, weil die verbandsangehörigen Städte und Gemeinden eine Umlage von 5 Millionen € angeboten haben. Es sei fraglich, ob diese überhaupt haushaltsrechtlich zulässig wäre. Eigen- und Fremdkapital stünden damit nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander.

Einer Kreditaufnahme von 29,7 Millionen € wird die Kommunalaufsicht deshalb nicht zustimmen. Damit ist es dem WAV faktisch verwehrt, vom Beitrags- auf das Gebührenmodell umzustellen. Und damit ist es rechtlich – wegen der gesetzlich vorgeschriebenen Gleichstel-

lung von Alt- und Neuanschießern – auch nicht möglich, auf Altanschießer-Beiträge zu verzichten.

André Stahl hält es für bedauerlich, dass die Kommunalaufsicht wegen des sozialen Friedens nicht kompromissbereit ist. „Das Eigenkapital ist nicht die einzige Größe, die für die Kreditbewilligung entscheidend ist“, betont er.

„Möglich wäre nur noch, dass der Landes-Gesetzgeber die Rechtslage verändert und die Verjährungsfristen verkürzt“, denkt Stahl weiterhin über eine Lösung nach. Die LINKE konnte mit dem Koalitionspartner, der SPD, nur einen Kompromiss von 15 Jahren erreichen. Ursprünglich waren 20 Jahre – also bis 2020 – vorgesehen, aktuell sind es 15 Jahre – also bis 2015. Gesenkt werden müsste auf 10.

Die neu gewählte Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag, Margitta Mächtig, will das Thema noch nicht auf sich beruhen lassen und mit dem Koalitionspartner erneut ins Gespräch kommen.

Lesung mit Gysi

OW-Beitrag/maz

Gregor Gysi, Fraktionschef der LINKEN im Bundestag, ist am **13. Februar**, um 19 Uhr (Einlass ab 18 Uhr), in der Stadthalle Bernau zu Gast. Im Gespräch mit dem Journalisten Jürgen Rummel geht es um sein neuestes Buch „Nachdenken über Deutschland – wie weiter“. Karten zu 13 Euro gibt es im Vorverkauf unter anderem in der Theaterkasse Bahnhofspassage Bernau Tel. 03338-750624, der Tourist-Information, Bürgermeisterstraße 4, Tel. 03338-761919 und in der Gaststätte „Waldkater“, Tel. 03338-5764.

Politischer Aschermittwoch

Die Stadtfraktion Bernau lädt am **7. März**, 19 Uhr zum traditionellen Politischen Aschermittwoch in das Ofenhaus Bernau ein. Weinbergstraße 4, Einlass ab 18.15 Uhr, keine Reservierungen.

Öffentliche Gelder gesichert

OW-Beitrag/bc

Für mehr als 3 Millionen € wird das Betriebsgrundstück der Odersun AG in Fürstenwalde verkauft. Das wurde am 16. Januar notariell beurkundet. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers betonte, dass damit etwa 2,3 Millionen € in die Landeskasse zurückfließen können, womit sich das Risiko der 2012 gewährten Rettungsbeihilfe von 3 Millionen € für das später in Insolvenz gegangene Unternehmen erheblich reduziert.

Siehe Interview auf Seite 9

In dieser Ausgabe:

Baumschutz
Neue Barnimer Verordnung
Seite 2

Willkommen
In Panketal und Wandlitz
Seite 3

Bürgerhaushalt
Eberswalde: Geld einteilen
Seite 4

Whiteboards
Über Schulausstattung
Seite 5

Neujahrsempfang
LINKE über Kommunales
Investitionsprogramm
Seite 6

Kampf der Löwin
Neue Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN
Seite 7

Mehr Schweiz
Dagmar Enkelmann über
Bürgerbeteiligung
Seite 8

Für Arbeitsplätze
Rettungsbeihilfe OderSun
Seite 9

Blick zurück
Vor 25 Jahren verließ die
Rote Armee Afghanistan
Seite 10

Wahlen der LINKEN
Liste zur Landtagswahl und
Landesvorstand
Seite 11

Genug Hochglanz!

Von Sebastian Walter,
Kreisvorsitzender
der LINKEN

Der Landrat ist stolz.

Stolz auf seine „Bildungsinitiative Barnim“ – das ist ja soweit bekannt. Sie haben davon aber noch nichts bemerkt, außer neue Tafeln in den Schulen?

Naja, in allen Schulen gibt es die ja nicht. Eben nur in den kreiseigenen

Kommentar: Bildungsinitiative

Schulen – also die dem Landrat unterstellt sind.

Jetzt wird aber alles besser.

Es gibt jetzt eine 132 Seiten starke Hochglanz Broschüre. Titel: „Bildung im Barnim 2013 – Erster Kommunalen Bildungsbericht.“. Nicht, dass Sie denken, dass gegen solch einen Bericht etwas einzuwenden wäre. Es ist gut zu wissen, wo man steht, wo man nachsteuern muss.

Was nicht gut ist, wenn solch ein Bericht völlig konträr zur Wirklichkeit steht, voller Selbstlob ist und man sich am Ende vor lauter Erfolgsmeldungen fragen muss, warum es dann eigentlich noch die Bildungsinitiative gibt?

Nein, Herr Ihrke. Ich will, dass sie endlich mehr tun als Broschüren zu präsentieren. Ich will, dass Sie endlich das Problem ernstnehmen, dass die Schullandschaft im Landkreis immer weiter auseinanderdriftet.

Es kann nicht sein, dass Schulen, die nicht vom Kreis finanziert werden, eklatant schlechter ausgestattet sind. Das ist ungerecht und bildungspolitischer Wahnsinn.

Haben Sie Mut!

Wir wollen als LINKE eine gerechte Finanzierung der Schulen, damit es endlich egal ist, in welchem Ort die Kinder zur Schule gehen. Wir brauchen mehr Schulsozialarbeiter an jeder Schule, gute Fachkabinette und ordentliche Bibliotheken. Die sind unbezahlbar für den Erfolg der Schülerinnen und Schüler und lohnen am Ende sicher mehr, als Hochglanzbroschüren für alle.

Zum Schutz der Bäume

Neue Verordnung für den Landkreis Barnim auf den Weg gebracht

Von Michael Luthardt, LINKE
Vorsitzender des Umweltausschusses des Barnimer Kreistages

Was lange währt ... Nach zwei Jahren intensiver Diskussion im Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Abfallwirtschaft und auch in Auseinandersetzung mit der Kreisverwaltung wird nun die neue Verordnung über die Erhaltung, die Pflege und den Schutz von Bäumen im Landkreis Barnim (Barnimer Baumschutzverordnung) dem Kreistag zum Beschluss vorgelegt. Dies ist ein Beispiel für eine Initiative, die nicht von der Verwaltung kam, sondern aus dem Kreis der Abgeordneten.

Grund für diese Novellierung waren eine Anzahl von Unklarheiten und Regelungslücken in der alten Verordnung, welche fast wortgleich von der ehemals im Land Brandenburg gültigen Anfang 2010 übernommen worden war. Die spezifischen Besonderheiten für unsere Region kamen dabei auch

Alte Obstbäume bei Joachimsthal

nicht zum Zuge.

Ein Bestreben war es von Anfang an, die Gemeinden zu eigenen Satzungen zu motivieren, da es hier einen Unterschied zwischen berlinnahen (z.B. Wandlitz) und berlinfernen Gemeinden gibt und somit spezifischere Regelungen notwendig sind. Die Gemeinden Wandlitz

und Marienwerder haben dies getan und fallen somit nicht mehr unter die Bestimmungen der kreislichen Verordnung.

Sicherlich waren die Ansprüche sehr hoch und nicht alle Vorschläge konnten in die neue Verordnung aufgenommen werden. Doch wir haben unter anderem erreicht, dass

schädigende Einwirkungen auf Bäume konkret genannt werden und die Verursacher somit ordnungsrechtlich belangt werden können. Insgesamt sind wir damit dem Ziel, die grüne Lunge des Barnims in den Siedlungsräumen zu erhalten, ein großes Stück näher gekommen.

Foto: ml



Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab informieren:

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-459543, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: Info@dielinke-barnim.de,

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488,

im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Dr. Michael Luthardt: Tel.: 03334-385155

im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Str. 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: michael.luthardt@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 030-94393058, Fax: 030-94393059

Am Amtshaus 2-2a, Shop 3, 16341 Panketal, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kreisvorstand: bei Redaktionsschluss lag leider der neue Arbeitsplan noch nicht vor.

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-22026, E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de

10. Februar und 10. März, jeweils 18.30 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

Nächster Kreistag: 12. Februar, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Stadtfraktion Bernau: 12. Februar, 4. und 19. März, 18 Uhr, Fraktionssprechstunde: donnerstags 16 bis 18 Uhr (nicht am 6. März, 10. April) alles im Bürgerzentrum der LINKEN, Berliner Straße 17, Bernau, Stadtverordnetenversammlung: 6. März und 10. April um 16 Uhr, Stadthalle Bernau, Hussitenstraße 1, E-Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-5881

Stadtfraktion Eberswalde: 10. und 24.02., jeweils 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde, Stadtverordnetenversammlung: 27. Februar, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Gemeindefraktion Panketal: 12. Februar, 18.30 Uhr, Bibliothek, 12. März, 18.30 Uhr, Ratssaal, jeweils Schönower Straße 105, Sitzung der Gemeindevertretung: 24. März, Ratssaal

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org [**solid**]: E-Mail: solid-eberswalde@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: bei Redaktionsschluss lag leider der neue Arbeitsplan noch nicht vor.

OW-Spendenkonto: DIE LINKE. Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;

Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung am Jahresende.

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: Geschäftsstelle der LINKEN Barnim, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-385155, Fax: 03334-385156, **E-Mail:** offeneworte@dielinke-barnim.de,

download: www.dielinke-barnim.de, **virtuelle Redaktion:** Petra Bochow, Berit Christoffers, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig, Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSdP), Sebastian Walter, Margot Ziemann, Christel Zillmann **Auflage:** 17.000

nächster Redaktionsschluss: 17. März 2014, nächster Erscheinungstermin: 2. April 2014

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

Willkommen in Panketal

Aktionsbündnis bietet konkrete Hilfe für Flüchtlinge an

Von Christel Zillmann
Gemeindevertreterin (LINKE)

Unter dem Motto „Willkommen in Panketal“ bekräftigten zahlreiche Bürger unserer Gemeinde auf mehreren Solidaritätskundgebungen, dass sie die fremdenfeindlichen Parolen der Neonazis gegen die Aufnahme von Flüchtlingen im Übergangshaus Panketal energisch zurückweisen.

Spontan verabredeten sich engagierte Bürgerinnen und Bürger während unserer Kundgebungen am Zepernicker Anger, wo ein Gedenkstein die Unantastbarkeit der Würde des Menschen anmahnt, ein bürgerschaftliches Aktionsbündnis „Hilfe für Flüchtlinge“ zu gründen.

Auf einer stark besuchten Informationsveranstaltung zeigte sich bereits die Bereitschaft vieler Panketaler, sich als gute Gastgeber zu präsentieren und sie unterbreiteten konkrete Hilfsangebote.

Einen Tag vor Heiligabend konnten wir die ersten 9 Flüchtlinge aus Kenia, Somalia, dem Tschad und der

Russischen Föderation, darunter auch ein erst 5 Monate altes Baby, im Wohnheim am Anger willkommen heißen.

Man kann verstehen, dass die hilfsbereiten Bürgerinnen und Bürger den Wunsch äußern, die in unserer Mitte als zeitweilige Gäste weilenden Menschen, persönlich kennenzulernen.

Unser Aktionsbündnis wird auch dies ermöglichen und plant zum Beispiel ein Begegnungsfest mit den Flüchtlingen. Desweiteren wird überlegt, wie unsere Gäste in bereits geplante Veranstaltungen, wie dem Rathausfest am 26. April oder der Schlendermeile am 21. Juni einbezogen werden könnten.

Die LINKE Panketal veranstaltet am 10. Mai ein Frühlingfest und wird hierzu sehr herzlich auch unsere Gäste aus fernen Ländern willkommen heißen.

Zugleich streben wir ein enges Zusammen-

wirken mit den inzwischen auch in anderen Orten unseres Landkreises entstandenen Bürgerbündnissen zur Unterstützung von Flüchtlingen an und beteiligen uns am ersten Treffen am 9. Februar in Biesenthal.

Wir wurden in den vergangenen Wochen darin bestärkt,

dass gelebte Solidarität, konkretes Helfen an Ort und Stelle wirksamer sind als blumige Reden über die Wichtigkeit der Notwendigkeit. Wir sind jedenfalls gut vorbereitet und freuen uns, dass wir demnächst weitere Flüchtlinge in Panketal begrüßen können.



Am 27. Januar gedachten rund 20 Panketaler anlässlich des Holocaust-Gedenktages am Denkmal im Goethepark der Opfer des Naziregimes. Lutz Grieben (LINKE), Ortsvorsteher in Schwanebeck, erinnerte an den Massenmord im KZ Auschwitz/Birkenau, dass vor 69 Jahren durch die Rote Armee befreit wurde. Die Lehren der Geschichte verlangten, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschlossen entgegenzutreten. Foto: wk

Zweites Bürgerbegegnungsfest in Wandlitz

OW-Beitrag/bc

Beim zweiten Bürgerbegegnungsfest am 19. Januar in Wandlitz zeigte sich erneut, welche besondere Willkommenskultur sich hier entwickelt hat. „Mehr als 300 Gäste überzeugten sich von Kochkünsten der Asylbewerberinnen und Asylbewerber und verfolgten ein abwechslungsreiches Programm“, freute sich die Vorsitzende des Sozialausschusses des Kreistages, Kerstin Mutz (LINKE).

Vor einem Jahr zogen die ersten Asylbewerberinnen und -bewerber ins neue Asylbewerberheim ein. Um Ängste abzubauen wurde der „Runde Tisch der Toleranz“ initiiert. Heute gehen Ehrenamtliche mit Asylbewerberinnen und Asylbewerbern spazieren, man singt oder spielt zusammen, auch Begleitung bei den Ämtergängen oder Arztbesuchen gehört zum Alltag. Gymnasiasten luden die neuen Nachbarn in ihre Schule ein, der Polzeisportverein bot Trainingsstunden an. Außerdem wurden Spenden gesammelt, Kleidung, Möbel und Spielzeug gelagert (siehe OW September).

Über diesen Umgang mit dem vom Landkreis Barnim neu eingerichteten Asylbewerberheim hat der in Basdorf lebende Regisseur Bernd Sahling gemeinsam mit Basdorfer Grundschulern den Dokumentarfilm »Willkommen« gedreht. Für das Projekt hatte Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE) Lottomittel zur Verfügung gestellt. Dieser Film wurde beim Bürgerbegegnungsfest uraufgeführt.

Gedreht wurde ebenso während eines Naziaufmarschs und in der Fahrradwerkstatt. Auch über die Protestaktion, durch die es gelang, eine tschetschenische Familie wieder zusammenzuführen, wird berichtet. Nach der 35-minütigen Premiere gab es lang anhaltenden Beifall. Wirtschaftsminister Christoffers versprach, sich ergänzend dafür einzusetzen, dass die Herstellung von DVD's mit diesem Film unterstützt wird.

Unabhängig vom Anbieter

Pflegestützpunkt: Angebote für Beratungen in Eberswalde und Bernau

Von Margot Ziemann

Seit Juni letzten Jahres gibt es eine unabhängige Pflegeberatung in Bernau. Die direkte Beratung durch den Pflegestützpunkt, die vorher nur in Eberswalde angeboten wurde, kam in Bernau auf Druck des Seniorenbeirates der Stadt zustande.

Der Pflegestützpunkt ist eine neutrale Beratungsstelle für Menschen, die Informationen aus einer Hand rund um das komplexe Thema Pflege benötigen. Hier finden Pflegebedürftige, von Pflegebedürftigkeit bedrohte Menschen, Behinderte, Angehörige und professionelle wie auch ehrenamtliche Helfer sowie alle Interessierten sachkundige Ansprechpartner.

Im Pflegestützpunkt gibt es Antworten unter anderem auf folgende Fragen:

- Wie beantrage ich eine Pflegestufe?
- Was ist ein Pflegehilfsmittel? Wo bekomme ich es?
- Welche Aufgaben hat der Medizinische Dienst der

Krankenkassen (MDK)?

- Wie kann ich meine Wohnung so anpassen, dass ich trotz körperlicher Einschränkungen weiter hier leben kann?
- Betreutes Wohnen – was ist das und wer bietet diese Leistung an?
- Ich möchte die Pflege meiner Eltern übernehmen. Wie kann ich mich darauf vorbereiten?
- Ein Heimaufenthalt für einen Angehörigen steht bevor. Welche Kosten fallen an, welche Unterstützung kann beantragt werden?
- Welche Voraussetzungen müssen für einen Schwerbehindertenausweis erfüllt sein, wo kann ich ihn beantragen?
- Wie finde ich eine geeignete Pflege- und Betreuungseinrichtung?

Individuelle Begleitung

Menschen, die im Pflegestützpunkt Rat suchen, erhalten die Hilfe, die sie benötigen. Die Berater nehmen sich Zeit – bis alle Aspekte besprochen oder geklärt sind.

Im Pflegestützpunkt erhält man eine vernetzte Beratung über mögliche pflegerische, medizinische und soziale Leistungen. Dabei kann der Umfang der benötigten Beratung von Fall zu Fall sehr unterschiedlich sein. Manche Fragen sind schnell zu klären, andere Ausgangssituationen erfordern eine umfassende Analyse und spezifische Angebote.

Die Berater geben Auskunft und erklären Zusammenhänge. Sie vermitteln Kontaktdaten und händigen Unterlagen wie etwa Anträge oder Broschüren aus.

Wird eine konkrete individuelle Lösung gesucht, zeigt der Pflegeberater verschiedene Handlungsvarianten auf. Hierbei präsentiert er mögliche Kooperationspartner und Anlaufstellen neutral und gleichrangig.

Beratungsgrundsätze

Der Pflegestützpunkt berät trägerneutral, umfassend, kompetent, wohnortnah und kostenlos. Die Bera-

tungen erfolgen im Pflegestützpunkt oder bei Bedarf auch als Hausbesuch in der Wohnung des Ratsuchenden. Auf Wunsch kann die Beratung gemeinsam mit Angehörigen, einem Arzt oder anderen Personen des Vertrauens stattfinden.

Der Pflegestützpunkt ist für alle Ratsuchenden während der ausgewiesenen Öffnungszeiten erreichbar. Individuelle Termine für Hausbesuche können bei Bedarf telefonisch vereinbart werden.

Kontakt: Pflegestützpunkt
Barnim, Kreishaus, Am Markt 1, 16225 Eberswalde:
dienstags: 9 bis 18 Uhr
donnerstags: 9 bis 16 Uhr

Beratung in Bernau:
Kreishaus, Jahnstr. 45,
Zimmer 310, 16321 Bernau
jeden letzten Mittwoch im
Monat: 10 bis 12 Uhr

Telefonische Terminvereinbarung und Anfragen für beide Stützpunkte während der Öffnungszeiten unter Tel.: 03334 - 214 1140.

OW-Beitrag/cp

In der kalten Jahreszeit fährt das Bürgermobil des Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt nach einem ausgedünnten Fahrplan, ab April gilt voraussichtlich wieder der „Sommerfahrplan“:

10. Februar, 10., 17. und 24. März:

Schönwalde, Höhe Schlecker-Markt: 10 bis 11 Uhr;
Basdorf, Parkplatz nahe REWE-Markt/Durchgang Markt: 11.15 bis 12.45 Uhr;
Wandlitz, Nähe Lidl, 13 bis 14 Uhr;
Wandlitz, Parkplatz am Postshop, Prenzlauer Chaussee 183: 14 bis 15 Uhr

13. Februar,

13. und 27. März:

Rüdnitz, Wohnpark Parkplatz Bürgermeisterstraße: 9 bis 9.45 Uhr;

Biesenthal, Marktplatz: 10 bis 12.30 Uhr;

14. Februar,

14. und 28. März:

Ahrensfelde, Höhe Sparkasse, Lindenberger Str. 1: 9 bis 10 Uhr;

Werneuchen, Marktplatz: 10.30 bis 12 Uhr;

3. März:

Niederfinow, Ortsmitte, vor Konsum: 9 bis 9.30 Uhr;

Oderberg, vor ehemaligem Rathaus: 10 bis 11 Uhr;

Oderberg, Nähe Netto-Markt, Waldstraße: 11.15 bis 12 Uhr;

Lunow-Stolzenhagen, Edeka-Markt Richtung Parstein: 13 bis 14 Uhr;

Brodowin, Nähe Kirche: 14.15 bis 15 Uhr

Panketal: Stammtisch

OW-Beitrag/cz

Am 26. Februar laden die Panketaler LINKEN wieder zum traditionellen Stammtisch ab 19 Uhr in Leo's Restauration, Schönower Straße, zu politischer Diskussion in ungezwungener Atmosphäre ein.

Einwohner- versammlung

OW-Beitrag/cz

Die LINKE Panketal beteiligt sich aktiv an der Einwohnerversammlung am **13. Februar**, 19 Uhr in der Mensa am Schulstandort Zepernick. Es soll vor allem um die Kostenbeteiligung am Trinkwasser, die Finanzierung der Abwasserentsorgung und die Entwicklung des Eigenbetriebes Kommunalservice gehen.

Wofür gibt die Stadt das Geld aus?

Bürgerhaushalt Eberswalde: Erneute Diskussionen



Warum haben Bewohner, die sich nur eine Parkbank oder einen Abfallbehälter wünschen, keine Chance beim Bürgerhaushalt?

Foto: Ruth Rudolph/pixelio

Von Volker Passoke,
Stadtverordneter (LINKE)

Nach dem zweiten Versuch zum Bürgerhaushalt wurden Stimmen laut, die die jetzigen Regularien ändern wollen. Auch und gerade weil wir uns unter einem Bürgerhaushalt generell mehr vorstellen als ein Bürgerbudget, sind wir gegen eine weitere Reglementierung der derzeitigen Variante. Warum kommen diejenigen, die die Obergrenze für Einzelvorschläge absenken wollen, um mehreren Vorschlägen eine Chance zu geben, nicht auf die Idee, stattdessen das Gesamtbud-

get von derzeit 100.000 € anzuheben? Wer es wirklich ernst damit meint, den Einwohnern Eberswaldes mehr Mitsprache zur Frage „Wofür gibt die Stadt ihr Geld aus?“ einzuräumen, der muss einer schrittweisen Erweiterung der davon betroffenen Bereiche zustimmen und entsprechend für diese kontinuierlich mehr Geld dazu einstellen.

So würden wir nach und nach auch tatsächlich zu einem Haushalt gelangen, den der Stempel der Einwohner insgesamt und nicht nur der der Verwaltung und einiger Stadtverordneter prägt.

Fördern und auszahlen

Wenn Unternehmen Fördermittel nicht abrufen, wird der Förderzweck überprüft/
Wirtschaftsminister Ralf Christoffers zur Förderung von Human Bioscience

Von Ralf Christoffers (LINKE)

Haben Unternehmen einmal einen Zuwendungsbescheid für eine Förderung durch das Land erhalten, sind die dafür benötigten Gelder im Haushalt einzustellen und dürfen nicht für andere Zwecke verwendet werden. An das Unternehmen ausgezahlt wird erst, wenn dieses die Gelder anfordert. Es sind Voraussetzungen zu erfüllen, zum Beispiel Investitionen des Unternehmens.

Nachdem ich im November 2009 Wirtschaftsminister wurde, habe ich 2010 veranlasst, dass überprüft wird, welche Unternehmen bereits bewilligte Gelder nicht abgerufen haben; zum Beispiel, weil sich Investitionen wegen der Finanzkrise zeitlich verzögert haben.

Damit sollte geklärt werden, ob bei diesen Unternehmen der Förderzweck überhaupt noch vorhanden ist oder sich der Umfang von geplanten Investitionen geändert hat. Wenn es dabei Änderungen gibt, kann ein Förderbescheid ganz oder teilweise widerrufen werden. Damit können die dann nicht mehr gebundenen Mittel für andere Förderanträge verwendet werden. Wenn eine Förderung durch den Landesförderratsausschuss (Vertreter der Kammern, Banken und des Wirtschaftsministeriums) bewilligt wurde, ist die Landesinvestitionsbank (ILB) danach für Auszahlungen

und Kontrolle zuständig.

Kein Unternehmen hat ein Anrecht auf Förderung, ist der Beschluss jedoch gefasst, hat es einen Rechtsanspruch auf Auszahlung der Summe, sofern die Fördervoraussetzungen geschaffen worden sind. Nur weil es danach einen Regierungswechsel gibt, kann nicht die nachfolgende Regierung einen Fördermittelbescheid aufheben. Regress-, und Schadensersatzforderungen des Unternehmens gegen das Land wären die Folge.

Für die Firma Human Bioscience (HB) mit Niederlassung in Luckenwalde bewilligte 2008 der Landesförderratsausschuss eine Gesamt-Förderung von 13,53 Millionen €. HB hatte bis April 2011 eine erste Auszahlung in Höhe von 3,3 Millionen € erhalten. Seitdem ruhten Aktivitäten des Unternehmens. Deshalb wollte ich vom Eigentümer des Unternehmens belegen lassen, inwieweit noch eine Investitionsabsicht am Standort Luckenwalde besteht. Dazu nutzte ich 2011 eine Dienstreise in die USA, während der ich im übrigen auch Gespräche mit dem in Hennigsdorf produzierenden Bombardier, mit dem Kupferproduzenten KSL und Universitäten führte.

HB bestätigte seine weitere Investitionsabsicht in Luckenwalde. Im September 2011 beantragte HB eine

Auszahlung im Rahmen des Fördermittelbescheides. Auf Grund der Angaben des Unternehmens in den Jahren 2010 und 2011 und wegen eines anonymen Schreibens, das die Firma des Betrugverdächtige, kam die ILB zu dem Schluss, dass eine vertiefte Prüfung des Finanzierungs-, des Technik- und des Baukonzeptes notwendig ist. Deshalb wurde nach § 6 Subventionsgesetz im April 2012 die Staatsanwaltschaft informiert. Dabei handelt es sich **nicht** um eine Strafanzeige, sondern um eine Mitteilung, dass Sachverhalte überprüft werden müssen, um Subventionsbetrug auszuschließen. Dieser Prozess bei der ILB nahm mehrere Monate in Anspruch. Während dieses Zeitraums beschwerte sich HB beim Wirtschaftsministerium über die verzögerte Auszahlung. Deshalb führte ich mehrere Gespräche mit der ILB, dem Unternehmen und den Fachleuten des Ministeriums zum jeweiligen Sachstand – das war kein Eingriff in die Tätigkeit der ILB. Die in der Subventionsanzeige aufgeführten Punkte der ILB bestätigten sich in diesen Monaten nicht. Es gab keine Hinweise auf einen Subventionsbetrug. Damit war die ILB verpflichtet, die Förderung in Höhe von 3,2 Millionen € auszuzahlen. Darüber wurde die Staatsanwaltschaft am 28. September 2012 informiert.

Umgedreht erfahren weder

Wirtschaftsministerium noch ILB zu diesem Zeitpunkt, ob staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen HB eingeleitet wurden. Erst im November 2012 – Wochen nach der Auszahlung – forderte die Staatsanwaltschaft die Förderakten von HB an, informierte jedoch nicht darüber, ob sie Ermittlungen einleitete. Von diesem Zeitpunkt an hat die ILB keine weiteren Auszahlungen vorgenommen, weil sie staatsanwaltschaftliche Ermittlungen vermutete. Dann ruhen Auszahlungen von Fördermitteln, um Missbrauch zu verhindern.

HB hat zwischenzeitlich Insolvenz angemeldet, die Staatsanwaltschaft ermittelt immer noch und hat Anfang 2014 zwei Mitarbeiter von HB in U-Haft genommen. Das ist der derzeitige Stand. Es gab kein Fehlverhalten durch das Wirtschaftsministerium oder die ILB.

Das Land Brandenburg hat sich seit 2009 gut wirtschaftlich entwickelt, der Anspruch der LINKEN, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität miteinander zu verbinden, wird umgesetzt. Das ist ein Erfolg der »Rot-Roten« Landesregierung. Auf Grund fehlender politischer Konzepte sind Teile der Opposition offenbar umgeschwenkt auf die Diskreditierung meiner Arbeit und die von vielen Partnern. Ich habe kein Verständnis für diese Art politischen Agierens.

Arme Kommunen arme Schüler?

Kreis korrigiert Whiteboard-Richtlinie/Urprüngliches Ziel geht verloren

Am 20. Januar beschloss der Kreisausschuss Änderungen der so genannten „Whiteboard-Richtlinie“, nach der Kommunen einen Zuschuss vom Kreis erhalten können, wenn sie für ihre Schulen elektronische Tafeln anschaffen. Nach heftiger Kritik vor allem der LINKEN, einiger Bürgermeister und Amtsdirektoren soll nun der Ausstattungsgrad der Schulen nicht mehr vorgegeben werden, Anträge sollen noch bis zum 1. März 2014 gestellt werden können.

Von Klaus Springer, Kreistagsabgeordneter (LINKE)

Die Kommunen – Schulträger – sollen entscheiden, ob sie vom Kreis zur Verfügung gestellte Gelder zusätzlich für die Verbesserung der Mensen, Fachkabinette oder zur Modernisierung anderer technischer Ausrüstungen in den Schulen nutzen, das war ursprüngliche Intention meines Antrags im Bildungsausschuss des Kreistages Ende 2012. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass der Landkreis Barnim 2013 zusätzliche Zuwendungen durch das Land und erhöhte Mehreinnahmen durch die Kreisumlage von fast 800.000 € erhalten würde. Davon sollten 600.000 € für die nicht kreisgeleiteten

Schulen, aufgeschlüsselt nach Schülerzahl an den Grund- und weiterführenden Schulen, zur Verfügung gestellt werden. Theoretisch hätte das Geld bereits nach Haushaltsbeschluss im Februar 2013 bereit gestellt werden können. In zwei Ausschusssitzungen wurde der Antrag „zerredet“, von den Bildungsfachleuten der SPD, CDU, FDP abgelehnt.

Der Kreistag am 13. Februar 2013 bot eine Überraschung:

Der Landrat kommentierte meinen Antrag so, dass man die Schere der Lern- und Arbeitsbedingungen zwischen den Schulen in kreislicher und kommunaler Trägerschaft schließen müsse. 450.000 € wären für die nicht kreisgeleiteten Schulen möglich. Plötzlich gab es auch Zustimmung der Fachleute, die den Antrag im Ausschuss zuvor ablehnten. Der Kreistag entschied, dass die Verwaltung eine Richtlinie erarbeiten soll.

Diese lag Anfang Juni vor: Sie sah keine Selbstbestimmung der Kommunen über die Ausstattung ihrer Schulen vor, sondern nur die Anschaffung von Whiteboards sollte unterstützt werden – und auch nur für Grundschulen. Nach zähen Debatten



Manche Schulen haben sicher dringenderen Bedarf...

Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

gab es geringfügige Verbesserungen. Am 25. September 2013 entschied der Kreistag mit einer Stimme Mehrheit von SPD, CDU, FDP: Investitionen in Whiteboards für alle Schulen in kommunaler Trägerschaft werden unterstützt, der Ausstattungsgrad muss 80 Prozent erreichen, ein Medienentwicklungsplan ist nötig. Allerdings beträgt der maximale Zuschuss 40 Prozent – 60 Prozent müs-

sen die Kommunen selbst zahlen. Wer das nicht leisten kann, fällt hinten runter. Frist für die Antragstellung der Kommunen war der 31. Dezember 2013. Nur 23 Anträge wurden gestellt! Möglich, dass nach den jetzt geplanten Änderungen noch Anträge eingehen. Aber der ursprüngliche Sinn des Vorhabens ist verlorengegangen. Eine schnelle unbürokratische Hilfe gibt es nicht.

Whiteboards ja, aber ...

Eine Lehrerin über Folgekosten und andere Ausstattungen

Von Waltraut Werner

Die modernen Medien haben längst Einzug ins Klassenzimmer gehalten. Elektronische Whiteboards (Smartboards) sind der neueste Trend. Hier kann nicht nur (mit speziellen farbigen Filzstiften) geschrieben werden – in Verbindung mit Computer und Beamer eröffnen sich völlig neue Wege für eine Lehrstoffarbeit. Einmal erarbeitete Tafelbilder können gespeichert und jederzeit wiederverwendet werden.

Die – offiziell abgestrittene – Koalition von SPD und CDU im Kreistag hat ein kreisliches Förderprogramm beschlossen, mit dem Schulen im Landkreis zur Anschaffung von elektronischen Whiteboards ermutigt werden

sollen. Monate später wunderten sich genau diese Initiatoren, dass diese Fördermittel nicht abgerufen wurden.

Dabei gibt es dafür eine ganz normale Erklärung: Das Förderprogramm geht schlicht an den Bedingungen in der Realität vorbei. Gespräche mit meinen Fachkollegen bestätigten meinen Eindruck:

1. Eine Ausstattung von mindestens 80 Prozent der Klassenräume entspricht nicht dem Bedarf. Für die Jahrgangsstufen 1 bis 3 reicht die Ausstattung der Klassenräume mit normalen Schultafeln aus. Hier sollen zuerst grundlegende Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt und erworben werden. Dieses Fördermittelprogramm schließt durch die

80-Prozent-Bedingung also bereits Grundschulen aus.

2. Die Anschaffungskosten von rund 4.000 € je Board sind nicht zu unterschätzen. Die für Einbau und Nutzung notwendigen Nebenkosten sind jedoch nicht förderfähig. Für kompatible Hardware, Software, Verkabelung und Bauleistung sind schnell weitere 5.000 € je Board erreicht. Hier schließt das Förderprogramm die Kommunen aus, welche Eigenmittel in dieser Höhe einfach nicht mehr aufbringen können.

3. Voraussetzung für den Einsatz von Smartboards ist das richtige Bedienen der Technik. Auch hier gibt es großen Nachholebedarf; insbesondere bei älteren Lehrerinnen und Lehrern.

4. Probleme ergeben sich auch beim Ausfall der Technik. Also muss eine kleine herkömmliche Tafel im Raum angebracht sein. Aus Platzgründen ergibt dies oftmals ebenfalls eine zusätzliche Kostenbelastung.

5. Bei allem Know-How, was in unseren Schulen heute und künftig Einzug hält, sollten wir nicht vergessen: Grundlegende Fähigkeiten des Lernens dürfen nicht verloren gehen.

Bleibt zu hoffen, dass der in diesem Jahr zu wählende Kreistag bei dem „Förderprogramm“ kräftig nachsteuert. Alle Schulen brauchen einen gleichberechtigten Zugang zu Fördermitteln, die ihre grundlegende Ausstattung verbessern.

Breitbandbau im Barnim ab Mai

OW-Beitrag/cp

Die Rot-Rote Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit schnellem Internet einen Beitrag zur Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen, auch in den ländlichen Regionen Brandenburgs, zu leisten. Das dazu erarbeitete Konzept „Glasfaser 2020“ geht nun in der Planungsregion Barnim-Uckermark in die Umsetzungsphase, wie der Landtagsabgeordnete der LINKEN, Dr. Michael Luthardt, auf Nachfrage im zuständigen Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten erfuhr.

„Die Ausschreibung ist abgeschlossen, der erste Spatenstich soll im Mai erfolgen“, so Luthardt. Vergaberechtlich müssen die EU-Fördermittel bis Ende 2015 ausgeschöpft sein. Bis dahin muss das Breitbandnetz fertig sein. „Auch für mich bedeutet das endlich einen schnellen Internetzugang am Wohnort.“, meint Luthardt. „Rot-Rot hat damit ein weiteres Wahlversprechen eingelöst. Brandenburg wird zu den führenden Bundesländern hinsichtlich Breitbandversorgung aufschließen!“

Breitband in Biesenthal

OW-Beitrag/bc

Schnellere Internetverbindungen in Biesenthal sind wichtig für die Bewohner aber auch die Unternehmen der Stadt. Da es für Biesenthal keine Fördermittel mehr gibt, stemmt die Stadt dies aus eigenem Haushalt. Mit rund 40.000 € Kosten rechnet Biesenthals Bürgermeister André Stahl (LINKE).

Auch für die Anschaffung der Whiteboards stellt die Stadt die notwendige Finanzierung der kreislichen Förderung zur Verfügung. Mit 70.000 € Eigenanteil wird gerechnet. Stahl sieht die damit verbundene weitere Auseinerdifferenzierung zwischen den kommunalen Schulen zwar kritisch, aber wenn es um Verbesserungen der Lernbedingungen geht, müsse die Stadt die Chance ergreifen.

Standort für neues Rathaus in Bernau

Von Margot Ziemann
Stadtverordnete Bernau

Seit mindestens 8 Jahren wird in Bernau über einen neuen, erweiterten Verwaltungssitz debattiert. Dafür wurde das jetzige Verwaltungsgebäude in der Bürgermeisterstraße 25, das bereits von der Stadt gemietet war, zu einem unerschämten hohen Preis gekauft. Ein erster Architektenwettbewerb im Jahr 2012 brachte aber nicht das gewünschte Ergebnis. Die vorgeschlagenen Entwürfe passten sich nach Auffassung der Jury nicht genügend ins vorhandene Stadtbild ein. Daraufhin entschied nach kontroverser Debatte die Stadtverordnetenversammlung Anfang 2013, die beiden möglichen Standorte, Bürgermeisterstraße/Am Markt und Ladeburger Dreieck, auf ihre städtebauliche Eignung, verkehrliche Erschließung und Erreichbarkeit, auf Bebaubarkeit und voraussichtliche Kosten untersuchen zu lassen. Im Sommer und Herbst wurde zu zwei öffentlichen Workshops eingeladen, wo die beauftragten Stadtplanungs- und Architekturbüros ihre Analyse und ihre Bewertung zur Diskussion stellten. Leider wurde diese Möglichkeit der Beteiligung nur von wenigen Bürgerinnen und Bürgern genutzt. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde den Stadtverordneten jetzt vorgelegt. Danach sind beide Standorte geeignet. Empfohlen wird jedoch der Standort Bürgermeisterstraße/Am Markt. Als positiver werden seine zentrale Lage, die zur Stabilisierung des Stadtkerns beitrage, die unmittelbare Nähe zum Alten Rathaus, das weiter in Betrieb bleibt, und die Fördermöglichkeiten angesehen. Zur verkehrlichen Erschließung gab es nach wie vor Diskussionen. Auch an künftigen Erweiterungsmöglichkeiten hegten einige Stadtverordnete Zweifel. Bei der Entscheidung geht es um eine Investition von rund 9 Millionen €. Eine Mehrheit der Stadtverordneten folgte der Empfehlung der Fachleute. Nun wird erneut ein Architektenwettbewerb vorbereitet.

LINKE schlägt kommunales Investitionsprogramm vor

Am 4. Januar lud die Barnimer LINKE zum traditionellen Neujahrsempfang ins Waldsolarheim Eberswalde ein/Über 100 Gäste begrüßt



Links:
Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der Barnimer LINKE bei seiner Eröffnungsrede

rechts:
Aufmerksam folgten viele Zuhörer den Reden



Von Wolfgang Krafczyk
Zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang hieß die Barnimer LINKE am 4. Januar fast 100 Mitglieder und Sympathisanten sowie Gäste aus Politik, Wirtschaft, von gesellschaftlichen Organisationen und Vereinen im Eberswalder Waldsolarheim willkommen. 2014 ist das Jahr der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen.

LINKE ist verlässlicher Partner

In seiner Begrüßungsansprache betonte deshalb auch der Kreisvorsitzende Sebastian Walter, dass die LINKE stärkste politische Kraft im Barnim bleiben wolle. Mit dem kürzlich beschlossenen Leitbild „Ein Barnim für alle“ habe die Partei einen Kompass, um die Entwicklung des Kreises auf dem Weg zu einer gerechteren, sozialen und demokratischen Gesellschaft voran zu treiben. Das beinhaltet sowohl bessere Bildungschancen und Ausbildungsplätze für die Jugend, gute gesundheitliche Betreuung auch in abgelegenen Regionen, die Stärkung der regionalen Wirtschaft und der Energieversorgung sowie des Nahverkehrs, bis hin zur Lösung anstehender Probleme, wie die Altanschießer-Problematik und die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen. Walter betonte die Bereitschaft der LINKE, dabei als verlässlicher Partner mit allen zusammenzuarbeiten, die zukunftsfähige Projekte gestalten wollen.

Krise der EU überwinden

Helmuth Markov (LINKE), stellvertretender Ministerpräsident und damaliger Finanzminister des Landes, betonte, dass es bei der Europawahl darum ginge, ob die Voraussetzungen für eine friedliche, sozial gerechtere, gleichberechtigte und tolerante europäische Gemeinschaft geschaffen werden können. Er hoffe auf die Überwindung der Krise in der EU und die Stabilisierung der gemeinsamen Währung. Diese dürfe jedoch nicht durch undemokratische Institutionen wie die „Troika“ oder durch Sozialabbau oder gar durch Ausschluss einzelner Länder erhalten werden, sondern durch Solidarität, Stärkung der demokratischen Institutionen, mehr Transparenz und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Kommunen erhalten 30 Millionen € mehr

Die Rot-Rote Landesregierung hat viel für die Kommunen als Lebensmittelpunkt der Bürger getan, betonte Markov. Der Pro-Kopf-Anteil von Landesmitteln, wie auch der prozentuale Anteil am Landeshaushalt für die Kommunen, erreiche einen Spitzenwert im Vergleich zu anderen Bundesländern. Durch den Abbau des sogenannten Vorwegabzuges standen den Kommunen im Vorjahr 20 Millionen € mehr zur Verfügung. 2014 werden es 30 Millionen € mehr sein.

Darüber hinaus profitierten die Kommunen direkt von höheren Grunderwerbssteuern. Auch die in Vorbereitung befindliche Novellierung des Jugendhilfegesetzes werde die Kommunen finanziell entlasten. Zugleich sei es gelungen, den Lan-

nalschlüssels in Kitas, der Einstellung neuer Lehrer oder des Schüler-Bafögs werde die LINKE dafür eintreten, die Vertretungsreserve bei den Lehrkräften zu erhöhen, die Klassenstärke zu verringern und damit die Bildungschancen zu verbessern.

Finanz-, jetzt Justizminister Helmuth Markov während seiner Neujahrrede

Fotos: Frank Müller, Wolfgang Krafczyk



deshaushalt ausgeglichen zu gestalten und in den letzten Jahren auf neue Kredite zu verzichten. 2014 könne, so der damalige Finanzminister, eventuell sogar mit der Rückzahlung von Schulden begonnen werden.

Um Defizite in der Infrastruktur zu verringern, will die LINKE in der nächsten Wahlperiode ein kommunales Investitionsprogramm initiieren, das je zur Hälfte durch das Land und die Kommunen finanziert werden soll. Ein zweiter Schwerpunkt des Landeswahlprogramms der LINKEN bleibe das Thema Bildung. Trotz bereits verbesserten Perso-

Nicht zuletzt will die Partei ein Förderprogramm für die Ansiedlung von Ärzten auflegen, um die Gesundheitsversorgung in der Fläche zu sichern. Ziel sei es, dass sich die Bürger in Brandenburg wohl fühlen.

In diesem Zusammenhang befürwortete Markov die Evaluierung der Personalplanung für die Landesbediensteten, die sich allerdings nicht nur auf die Polizei beschränken sollte. Zielvorgaben beim Personalabbau wurden bereits korrigiert. Weitere Änderungen sollten durch eine breite öffentliche Debatte erörtert werden.

Der Kampf der Löwin

Seite 7

Am 23. Januar wurde Margitta Mächtig zur Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Brandenburger Landtag gewählt. Ein Porträt der Barnimerin.

OW-Beitrag/bc

Sie schreibt seit Jahren ein Tagebuch im Internet, als das Wort „Blog“ noch nicht zum Allgemeingut gehörte. Ständig wechselnde Zitate spiegeln ihre Lebenseinstellung wider. Das Aktuelle von Georges Bernanos:

*Wir alle müssen das Leben meistern.
Aber die einzige Art,
das Leben zu meistern,
besteht darin, es zu lieben.*

Im Eintrag vom 25. November 2013 bekommt man einen Einblick in den Alltag: „Mit Landtagsfraktionsvorbereitung und Kreistagsfraktionssitzung begann die Woche am Montag und so bereiteten wir die jeweiligen Sitzungen vor. Am Dienstag ging es dann nach Potsdam und dort blieb ich bis heute, Montag. Fraktionssitzung am Dienstag, anschließend Haushaltskontrollausschuss, parlamentarische Abende und die aktuelle Landtags-sitzung mussten vorbereitet werden und machten die Tage lang und Nächte kurz.“ Margitta Mächtig, 57 Jahre, leidenschaftliche Biesenthalerin, ist Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Barnim, Stadtverordnete in Biesenthal und seit 2004 direkt gewählte Landtagsabgeordnete im Eberswalder Wahlkreis. Zu ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten gehört die Mitgliedschaft bei den Wukey's, Biesenthals Drachenbootverein und der Vorsitz des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e.V. Diese Funktion wird sie nun aber aus rechtlichen Gründen aufgeben müssen. Das fällt



Foto: DIE LINKE LTF BRB/ Joachim Liebe

ihr unendlich schwer, weil sie die fachliche Qualifizierung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern als eine der wichtigsten Säulen erfolgreicher linker Kommunalpolitik sieht.

Und jetzt auch noch Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN? „Aus meinem Tagebuch wird wohl eher ein *Wochenbuch* werden“, kündigt sie auf ihrer Internetseite schon mal an. Schließlich ist der 2-fachen Mutter, 3-fachen Oma, der Frau mit Mann, Hunden und „Opa“ im Haus auch die Familie wichtig. So heißt es am 11. August in ihrem Tagebuch: „Und so war heute Umzug in der Familie angesagt. Nein nicht ich. Zu müde, um Näheres zu schreiben.“

Woher nimmt sie jetzt also noch Zeit und Kraft, um die Fraktion der LINKEN im Brandenburger Landtag zu führen. „Es ist eine

Arbeit, die notwendig ist“, erklärt sie. „Ich war bisher stellvertretende Fraktionsvorsitzende, es ist meine Verantwortung, die Fraktion bis zur Wahl zu führen, da Christian Görke zum Finanzminister vereidigt wurde.“

Das Stimmenergebnis gibt ihr Recht: 21 Abgeordnete sind für ihre Wahl, zwei dagegen, eine Stimmenthaltung gibt es. „Das ist realistisch, nicht alle mögen meine Art“, weiß Margitta Mächtig sich selbst richtig einzuschätzen. Sie ist burschikos, direkt – manchen eben auch zu direkt. Aber der unschätzbare Vorteil: Man kann sich auf sie verlassen. Was vertraulich ist, bleibt vertraulich, was zugesagt wurde, bleibt zugesagt. Und wenn sie von etwas überzeugt ist, kämpft sie wie eine Löwin. Da kann es schon mal etwas lauter werden. Da können Mimik und Gestik schon mal über

die Stränge schlagen. Aber warum auch nicht, es steckt ja ihr Lebenszweck dahinter. Für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, mit allem, was dazu gehört: Bildung und gute Chancen für die Kinder, existenzsichernde Arbeit für die Suchenden, gerechte Renten für die Senioren, ein lebenswertes Umfeld. Egal wie klein oder groß Gerechtigkeit sein mag, sie will sie in allen Facetten. „Manchmal gehe ich fremd“, schreibt sie am 15. August in ihr Tagebuch. „Heute besuchte ich das erstmal die Stadtverordnetenversammlung Bernau. Das war mir deshalb wichtig, weil das Thema „Altanschießer“ auf der Tagesordnung stand. In den vorangegangenen Dienstademos auf dem Bernauer Marktplatz wurde der Ton zunehmend rauher und einige Argumente zwar von den Demonstranten bejubelt, aber Gegenargumente niedergepöfeln oder die Redner beschimpft, beleidigt und auch bedroht. Diese Art der Auseinandersetzung finde ich nicht gut und wollte, falls notwendig mich einbringen, um zur Sachlichkeit zurückzukehren.“ Und im Eintrag vom 17./18. August erklärt die leidenschaftliche Kommunalpolitikerin: „Wukenseefest in Biesenthal. Und wie immer, wenn ich es irgendwie hinkriege, bin ich dabei. Diesmal zwei Tage Kassendienst. Muss sein, keine Frage, schade ist nur, dass man da so wenig mitbekommt. Es ist wie Radio. Man hört alles und sieht nix. Aber es war ein tolles Fest.“

Wenn man das liest, könnte man denken, sie verzettelt sich. Aber Margitta Mächtig ist eine gute Team-Playerin. Am 8. Dezember wurde sie mit nur einer Gegenstimme wieder zur Direktkandidatin der LINKEN in Eberswalde gewählt. Ihr Kommentar: „Eigentlich sind wir gemeinsam gewählt worden, meine Mitarbeiterin, mein studentischer Mitarbeiter und ich. Denn allein kann man die vielfältigen Aufgaben einer Landtagsabgeordneten nicht erfüllen.“ Mit diesem Credo lässt sich wohl auch die Tätigkeit als Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag bewältigen.

100 € Schüler-BaföG

OW-Beitrag/bc

Einheitlich 100 € pro Monat erhalten ab August Brandenburgs Schüler, die BaföG berechtigt sind. Dies beschloss am 22. Januar die Rot-Rote Mehrheit im Brandenburger Landtag gegen die Stimmen der Opposition. Bislang wurde die Höhe der Förderung je nach Einkommen der Eltern auf 50 beziehungsweise 100 € monatlich festgelegt. Derzeit erhalten rund 2.300 Schülerinnen und Schüler dieses BaföG, 97 Prozent davon ohnehin bereits 100 € monatlich.

Kommunen erhalten mehr Geld für Kitas

OW-Beitrag/bc

Die Finanzierung von Kindertagesstätten hat die Rot-Rote Landesregierung im Januar neu geregelt. Für 2014 stehen dafür zusätzlich 9,36 Millionen € zur Verfügung.

Hintergrund ist die Klage der kreisfreien Städte Brandenburg, Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam vor dem Verfassungsgericht über die Höhe und die Aufteilung der Gelder an die Landkreise und kreisfreien Städte.

Bereits zum 1. Oktober 2010 hatten SPD und LINKE für die rund 1.450 Kindertagesstätten eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels für Kinder im Krippen- und Kindergartenalter beschlossen. Danach betreut nun eine Erzieherin oder ein Erzieher bei den 0- bis 3-jährigen sechs Kinder (vorher 7) und bei den 3- bis 6-jährigen zwölf Kinder (vorher 13). Die Kosten für diese Verbesserung des Personalschlüssels trägt das Land. Dafür erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte jährlich mehr als 35 Millionen €, die diese an die Kita-Träger weiter geben.

Strittig war der Abrechnungsmodus. Die neue Regelung berücksichtigt unterschiedliche Personalkosten und Betreuungsgrade und damit die tatsächlichen Belastungen. Sie ist damit allerdings auch aufwändiger als die bisherige Pauschalfinanzierung.

Insgesamt erhalten die Kommunen jährlich mehr als 200 Millionen € für die Kinderbetreuung vom Land. Bundesweit nimmt Brandenburg einen Spitzenplatz im Betreuungsangebot ein.

Mehr Geld für Wachmann und Reinigungskraft

Rot-Rot: 8,50 € Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen

OW-Beitrag/bc

Will ein Unternehmen künftig öffentliche Aufträge erhalten, muss es seinen Mitarbeitern einen Mindestlohn von 8,50 € zahlen. Im 2011 von der Rot-Roten Landesregierung beschlossenen Vergabegesetz waren bisher acht Euro festgelegt, sowie eine 2-jährliche Überprüfung des Betrages. Von dieser Regelung haben

in den vergangenen Jahren zum Beispiel Beschäftigte im Wachschatz und in Reinigungsunternehmen profitiert.

Kommunen hatten sich wegen der erwarteten Mehrkosten gegen die Erhöhung ausgesprochen. Margitta Mächtig, Fraktionsvorsitzende der Brandenburger LINKEN verwies aber darauf, dass die zuständige Kommission die Anhe-

bung empfohlen hatte.

Auch Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers, unter dessen Federführung dieses Vergabegesetz entstand, kommentierte, dass es weiterhin erforderlich sei, weil die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes durch die CDU-/SPD-Bundesregierung in weite Ferne gerückt sei.

Jeder dritte Euro für die Rente

Von Roland Claus, Bundestagsabgeordneter (LINKE)
(bearbeitete Rede)

Stellen wir uns einen Moment vor, wir nähmen 3 € zur Hand: Ab dem Jahr 2017 wird jeder dritte von diesen 3 € in die Stabilisierung der Rentenkassen fließen. Das ist eine gigantische Verwendung von Steuermitteln, die bei der Grundanlage der Rentenversicherung so nicht

Kommentar

gewollt war, aber durch die Bundesregierung herbeigeführt wurde. Diese Summe wird noch nicht einmal ausreichen, weil die Rentenkassen weiter systemwidrig geleert werden. Das Gegenteil wäre vernünftig, nämlich eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie ist eine soziale Erfolgsgeschichte des vorigen Jahrhunderts. Viele Länder haben bis heute nichts Vergleichbares. Die Rentenversicherung hat sogar die deutsche Teilung überstanden, aber seit Mitte der 1990er-Jahre wurde sie mit Niedriglohn, Dumpingtarifen und mit Hartz IV schwer beschädigt.

Wir haben ein kaputtes Rentensystem. Wie es anders ginge, hat die LINKE vorgestellt. Aber das traut sich die Bundesregierung nicht. Sie weiß: Bei den Armen ist nichts zu holen, an die Reichen traut sie sich nicht ran. Deshalb wird auf Dauer die Mitte der Gesellschaft belastet. Nun sollen ein paar Beruhigungspillen das Problem lösen.

Der Rentenzuschuss aus dem Bundeshaushalt steigt kontinuierlich. Waren es 2008 noch 78 Milliarden €, werden es 2017 bereits 90 Milliarden € sein: Jeder dritte Euro des Steuerzahlers, der dem Bund zufließt, wird für die Rente verbraucht! Und dabei bleibt es noch bei der Ungleichheit zwischen Ost und West! Eine Mutter aus Leipzig, deren Kind 1971 geboren wurde, bekommt 700 € weniger Rente als eine Mutter in Köln, deren Kind 1993 geboren wurde. Die Angleichung der Rentenwerte Ost und West wurden aufgegeben. So wird deutsche Einheit vergeigt.

Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus

Im 27. Januar an Ehrenmalen in Eberswalde und Schönow



Harald Ückert (LINKE) und Ortsvorsteherin A. Reimann enthüllen anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus eine neue Gedenktafel für Opfer des Naziregimes aus dem ehemaligen Schönower Kabelwerk. Die ursprüngliche Gedenktafel wurde im November 2013 von bislang Unbekannten entfernt, die auch den Gedenkstein besudelten.



Am Mahnmal auf dem Karl-Marx-Platz in Eberswalde legten Stadtverordnete aller Fraktionen, Vertreter von Kirchen und Opfernverbänden, Schülerinnen und Schüler der Karl-Sellheim-Schule sowie zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Blumen und Kränze nieder und gedachten so der Opfer des Nationalsozialismus am traditionellen Holocaust-Gedenntag.

Foto: T. Duckert

Direkte Demokratie proben

Erste Veranstaltung der Reihe „OffeneWorte mit Dagmar Enkelmann“ 2014

Von Margot Ziemann
Dagmar Enkelmann hatte sich dazu den Schweizer Botschafter Tim Guldemann eingeladen.

Guldemann ist ein erfahrener Diplomat, der vor seiner Akkreditierung in Berlin im Iran und in schwieriger Mission in Afghanistan und als Leiter der OSZE-Mission in Tschetschenien und Kroatien tätig war. Und wie es sich seiner Meinung nach für einen Diplomaten gehört, ist er eher ein Mann der leisen Töne. Bei aller gebotenen Zurückhaltung scheut er sich jedoch nicht, seine Meinung zu Themen der Zeit auch ganz deutlich und direkt zu vertreten. Das zeigte sich auch anhand der zahlreichen Fragen, die Bernauer an den Schweizer Botschafter hatten.

Direkte Demokratie als Exportschlager

Was Volksabstimmungen und Referenden anbetrifft, kann die Schweiz durchaus als Vorbild dienen. Alle Gesetze und sogar die Verfassung können Gegenstand eines Referendums sein. An Deutschland bemängelt der Schweizer Botschafter, dass auf Bundesebene überhaupt keine Volksabstimmungen möglich seien und dass die Bürger über das wichtigste, nämlich über das Geld, bzw. über die Haushalte, nicht mit



Der Schweizer Botschafter Tim Guldemann zu Gast bei Dr. Dagmar Enkelmann (LINKE)

Foto: privat

entscheiden dürfen. Außerdem seien hier die Quoren der Beteiligung viel zu hoch. Das führe zur Politikverdrossenheit, findet er.

In der Schweiz werden die Bürgerinnen und Bürger schon vor Entscheiden auf allen Ebenen einbezogen. Das Votum von nur zwei Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung reicht in der Schweiz aus, um ein Referendum über ein Gesetz zu imitieren. Für einen Einspruch gegen ein Gesetz reicht sogar ein Prozent.

Weniger gut findet der Botschafter, dass rund 25 % der Schweizer Bevölkerung, so

cherung zahlen alle Einwohner 8 Prozent von ihrem Einkommen ein, egal ob Lagerarbeiter oder Millionär und erhalten dafür eine begrenzte Grundrente. Die zweite Säule ist die Kapital-Anwartschafts-Versicherung, die ebenfalls obligatorisch für alle ist. Beamte, die von der Einzahlung befreit sind, gibt es in der Schweiz nicht mehr. Durch diese Einbeziehung aller und die hohe Zuwanderung junger Leute stehe das Rentensystem in der Schweiz auf einer sichereren Basis.

Die Schweiz als Steuerparadies ausgetrocknet?

Der Schweizer Botschafter bedauerte, dass es zum Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz nicht gekommen sei, aber er ist zuversichtlich, dass es in Zukunft Steuerhinterziehung via Schweiz nicht mehr in dem Ausmaß geben werde. Der Finanzplatz Schweiz sei zu wichtig, als dass man ihn aufs Spiel setze. Die Banken selbst würden dafür sorgen, dass in Zukunft Gewinne auch versteuert würden.

Auf sein Verhältnis zu den Ostdeutschen angesprochen antwortet der Botschafter der Schweizer Eidgenossen: „Es eint uns eine pragmatische Zurückhaltung.“

hoch ist nämlich der Ausländeranteil im Alpenland, bis auf wenige kommunale Entscheidungen weitgehend von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen ist.

In der Schweiz werden Volksabstimmungen vor allen wichtigen großen Infrastrukturprojekten und zu ihren Kosten durchgeführt, erläuterte der Botschafter.

Rentensystem sicherer und gerechter

Auf Anfragen zum Schweizerischen Rentensystem erklärte der Botschafter, dass es in der Schweiz ein Zwei-Säulen-Modell gibt. In die staatliche Umlage-Versi-

»Ich habe für Arbeitsplätze entschieden«

Interview mit Wirtschaftsminister Christoffers zur Rettungsbeihilfe für „OderSun“

Sie stehen in der Kritik, weil Sie 2012 für das Solarunternehmen „OderSun“ mit Sitz in Fürstenwalde eine Rettungsbeihilfe gewährt haben. Was wirft man Ihnen vor?

Haushaltsuntreue. Ich habe dies in einer Stellungnahme an den Landesrechnungshof zurück gewiesen: Die Gelder und der Haushaltsartikel waren vorhanden, die Genehmigung der Europäischen Kommission lag vor – und wir hatten einen Weg gefunden, den Rückfluss eines Großteils der Rettungsbeihilfe durch ein Grundstück abzusichern.

Haben Sie gegen den Rat von Fachleuten entschieden?

Nein, es gab einen mehrwöchigen Abwägungsprozess, der dokumentiert wurde. Aber natürlich habe ich letztlich die Entscheidung getroffen: Ich habe mich für den Rettungsversuch entschieden. Es gehört zu meiner Funktion als Minister, zwischen den Für- und Gegenargumenten zu entscheiden.

Warum haben Sie Ende 2011 bei der EU-Kommission den Überbrückungskredit beantragt?

Das Unternehmen wurde 2002 gegründet, als die Modulfertigung von Solarzellen in Deutschland und Europa expandierte. Insgesamt sind seit 2005 mehr als 100 Millionen € privater Gelder in das Unternehmen geflossen. Dazu gab es bis 2008 insgesamt 13 Millionen € öffentliche Förderung.

Der Markt der Solarbranche änderte sich ab 2011, insbesondere durch die Verlagerung der Fertigung in den ostasiatischen Raum. Sollte es für Brandenburg industriepolitisch und zur Sicherung von Beschäftigung weiterhin eine Perspektive in diesem Bereich geben, haben wir im Wirtschaftsministerium darauf orientiert, dass es nicht bei der reinen Modulfertigung bleiben darf, sondern dass sich die Unternehmen zum Systemanbieter für Solartechnik entwickeln sollten.

Das heißt?

Von der Planung bis zum

Recyclen und der Entwicklung von Speichermöglichkeiten sollten Unternehmen ihre Angebote erweitern.

Dazu habe ich mit Vertretern der Branche viele Gespräche geführt – im übrigen bestimmt diese Thematik heute die bundespolitische Umstrukturierung. Wir haben hier also schon vor 2 Jahren versucht, die Entwicklung einer Branche in eine Richtung mit Perspektive zu forcieren.

„OderSun“ benötigte dazu einen Mit-Investor, um neue Absatzmärkte und Finanzierungen zu erschließen. Es ging um eine Überbrückung des Zeitraums von November 2011 bis März 2012. Und damit um 260 Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region. Für diesen Zeitraum beantragte das Unternehmen ein Darlehen.

Und Sie haben einen Überbrückungskredit gewährt?

So einfach ist das nicht. Die Europäische Kommission genehmigt so genannte Rettungsbeihilfen. Deren Sinn besteht ausschließlich darin, durch Insolvenz gefährdete Unternehmen zu retten. Es ist ein Ausnahmeinstrument, das in verschiedener Form ausgezahlt werden kann.

Ich habe für einen Kredit plädiert. Der Vorteil für das Land besteht darin, dass es sich um ein Darlehen handelt, das im Falle des sanierten Unternehmens zurück zu zahlen ist. Geht das Unternehmen dennoch in die Insolvenz, haben wir zusätzlich eine Grundstückssicherung im ersten Rang vornehmen können und die Verwertung von so genanntem „geistigen Eigentum“ (z.B. Patente) für das Land gesichert.

Um welche Beträge geht es?

Bis Dezember 2011 fand ein Abwägungsprozess im Wirtschaftsministerium und der Investitions- und Landesbank (ILB) statt. In dessen Konsequenz entschied ich, dass in Brüssel eine Rettungsbeihilfe beantragt wird, wenn „OderSun“ von den insgesamt benötigten 6,5 Millionen € 3,5 Millionen aus privaten Mitteln bereit stellt, 3 Millionen € sollte der Überbrückungskredit

Christoffers (LINKE) hält es mit Cicero: „Der Philosoph entscheidet zwischen Möglichkeit und Gewissheit.“

Foto: bc



durch das Land Brandenburg getragen. Die privaten Gelder gingen bis Dezember ein. Die Landes-Unterstützung war bis zum 31. März 2012 befristet, da bis zu diesem Zeitpunkt eine endgültige Entscheidung über den Einstieg eines Investors gefallen sein sollte.

Kann denn das Land auf die Eintragung der Grundschuld zurück greifen?

Ja, hier gilt ein Absonderrrecht des Insolvenzrechtes: Das Land erhält durch die Insolvenz des Unternehmens die Grundschuld durch den Verkauf des Grundstücks zurück. Am 16. Januar erfolgte der notarielle Verkauf mit über 3 Millionen €. Wir rechnen damit, dass über 2,3 Millionen zurück in die Landeskasse fließen.

Ist der Versuch „OderSun“ zu retten, etwas Besonderes?

Ja, weil es um 260 Beschäftigte ging. Ansonsten werden in jedem normalen Haushaltsjahr mindestens 2 Millionen € Rettungsbeihilfen an Unternehmen ausgegeben. Natürlich muss man mit Steuergeld sorgfältig umgehen. Aber solche Entscheidungen werden nach Abwägungen getroffen. Und Prognosen müssen nicht eintreten. Ich stehe dazu, dass ich mich – bei einer real vorhandenen Chance – für die Rettung der 260 Arbeitsplätze entschieden habe. Unter der Bedingung, dass

der Großteil der Rettungsbeihilfe durch Grundstückssicherung zurück fließt.

Was sprach gegen die Rettungsbeihilfe?

Bis Dezember 2011 lag nur eine begründete Absichtserklärung eines russischen Investors vor. Bis März sollten Verträge geschlossen werden.

Im Dezember fand eine Technologiebewertung durch einen Gutachter statt. „OderSun“ hatte eine Technologie entwickelt, nach der Solarmodule in jede beliebige Form gebracht werden konnten. Davon versprach man sich insbesondere bei Gebäudesanierungen Absatzmärkte – im Übrigen der Hauptgrund, weshalb privates Geld in das Unternehmen floss.

Das spricht doch eigentlich für die Beihilfe ...

Umstritten war, wie zeitnah diese Technologie eingesetzt werden kann. In Deutschland ist zum Beispiel Gebäudesanierung wiederum von anderen öffentlichen Förderungen abhängig.

Also konnte die Technologie nicht zeitnah genutzt werden?

Das war das Problem. Aber zum Zeitpunkt der Entscheidung sah man die Möglichkeit. Ich musste abwägen, ob diese Chance besteht – oder die Unterstützung versagen. Zum damaligen Zeitpunkt sah ich es als richtig an, die Chance auf die Erhaltung der Arbeitsplätze zu nutzen.

EU-Gelder für 5.500 Projekte

OW-Beitrag/bc

Das regionale Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs werden auch 2014 durch Europäische Fördermittel unterstützt. „Mir ist wichtig, die konkreten Ergebnisse der EU-Förderung für die Menschen in unserem Land deutlich zu machen“, erklärte Wirtschaftsminister Ralf Christoffers. „Daher haben wir die EU-fondsübergreifende Info-Kampagne „Auch ganz schön“ gestartet. Für diese vorbildliche öffentliche Kommunikation erhielt das Land den European Public Communication Award 2013.“

Seit 1991 fließen Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) nach Brandenburg. Von 2007 bis 2013 wurden 5.500 Projekte mit rund 1,35 Milliarden € gefördert. Brandenburgweit wurden durch europäische Gelder rund 5.700 neue Arbeitsplätze geschaffen, 333 Kilometer Straßen instand gesetzt. In 116 Schulen wurde die IT-Ausstattung modernisiert. Die Trink- und Abwasserinfrastruktur wurde vielerorts verbessert, vier Theater wurden neu gebaut oder renoviert.

Stipendium für Studenten in Betrieben

OW-Beitrag/bc

Über 80 Unternehmen beantragten bisher das neue Brandenburg-Stipendium für Studenten, die an einem Innovationsprojekt in kleinen und mittleren Unternehmen ihre Abschlussarbeit im Rahmen ihres Hochschulstudium schreiben. Das gab die Rot-Rote Landesregierung im Januar bekannt.

Die Förderung beträgt 375 € monatlich, wenn Student oder Studentin mindestens 6 Monate lang 500 € monatlich im Unternehmen erhalten. Für Werkstudenten können Unternehmen eine Förderung bis zu 622,50 € bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden erhalten.

Das Programm läuft bis zum 31. März 2015 und wird durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.

Mehr Infos unter: www.lasa-brandenburg.de

Themen für
2015

Von Kirsten Tackmann,
Bundestagsabgeordnete
(stark gekürzt)

Zum Auftakt der Internationalen Grünen Woche demonstrieren am 18. Januar in Berlin mehr als 30.000 Menschen für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft und gutes Essen.

Die Internationale Grüne Woche 2014 ist Geschichte. Wieder haben sich über 400.000 Menschen durch die berauschend vielfältige Welt kulinarischer Genüsse, durch Tier- und Blumenhalle gedrängt. Eine verführerische Welt. Im wahrsten Sinne des Wortes. Die Sinne wurden bis zum Überforderungsmodus gereizt. Das erinnert an Buridans Esel, der zwischen zwei Heuhaufen verhungerte, weil er sich nicht entscheiden konnte, welchen er zuerst fressen sollte.

Wer genug Geld hat, wird oft mehr gekauft, getrunken und gegessen haben, als eigentlich geplant. 100 € hat im Durchschnitt jede Besucherin und jeder Besucher auf der Messe ausgegeben. Geld für die Illusion einer heilen Welt des bunten Überflusses gesunder, regional erzeugter und fair bezahlter Lebensmittel. Natürlich zeigt die Messe auch, welches wirtschaftliche Potenzial Lebensmittelerzeugung hat. Oder besser gesagt: haben könnte, wenn es nachhaltig genutzt wird. Davon aber ist der reale Alltag im Supermarkt weit entfernt.

Kein Wunder, dass die LINKE ein ambivalentes Verhältnis zum Ereignis hat. Gut finden wir den Jahrmarkt der Weltoffenheit, der regionalen Vielfalt und neuer Ideen oder Problemlösungen. Einige Jahre haben wir sie an einem eigenen Stand selbst geführt, vielleicht 2015 auch wieder. Themen gibt es in Hülle und Fülle: Lebensmittelverschwendung und -preise, Regionalität, Tierhaltung, Flächenkonkurrenz zwischen Teller, Tank und Trog, Spekulationen mit Lebensmitteln, Äckern und Weiden oder die Rolle nicht-landwirtschaftlicher Investoren und Geschäftsmodelle in der Landwirtschaft.

Das sowjetische Vietnam

Vor 25 Jahren verließ die Rote Armee Afghanistan

Von Birgit Imgard Jung
15. Februar 1989, Brücke der Freundschaft über dem Amu-Darja. Als letzter sowjetischer Militär verlässt der Befehlshaber der 40. Armee, Generalleutnant Gromow, Afghanistan. Eine militärische, mehr noch eine politische Katastrophe für die sozialistische Supermacht erreicht ihr finale furioso. Mit welthistorischen Konsequenzen.

Alles hatte am 12. Dezember 1979 begonnen: Moskau entscheidet, Truppen nach Afghanistan zu entsenden. Die Initiatoren waren Verteidigungsminister Ustinow, Außenminister Gromyko und der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit (KGB) Andropow. Ihnen schloss sich KPdSU-Generalsekretär Breschnew an. Gegner ist Ministerpräsident Kosygin. Größte Bedenken äußerte der Generalstab, insbesondere sein Chef, Marschall der Sowjetunion Ogarkow. Das internationale Renommee der Sowjetunion werde beschädigt und Moskau werde auf Ablehnung in der Dritten Welt und sogar bei den eigenen Verbündeten stoßen.

Innerhalb eines Jahres sollte die Lage stabilisiert werden

Die Intervention ist völkerrechtlich formell legitim: Es gibt seit 5. Dezember 1978 einen Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen Afghanistan und der Sowjetunion. Dazu eine Bedrohung von außen, vor allem durch Rebellenstützpunkte in Pakistan und Iran, wofür auf die UNO-Charta mit dem verbrieften Recht auch der kollektiven Selbstverteidigung rekurriert werden kann. Am 25. Dezember beginnt die Aktion. Bis 1. Januar 1980 erreicht die sowjetische Truppenstärke bis zu 40.000 Mann (das ursprünglich erwogene Maximum), die sich Mitte der 1980-er Jahre auf 110.000 erhöht. Am Ende werden in Afghanistan 620.000 gedient haben – 525.000 der regulären Streitkräfte, 90.000 des KGB und 5.000 des Innenministeriums.

Ausschlaggebend sind globalstrategische Aspekte: Moskau registriert den Abschwung der politischen Ent-



Die letzten sowjetischen Soldaten verlassen Afghanistan über die Brücke von Termiz. Quelle: A. Solomonov, RIAN-Archive

spannung der 1970-er Jahre und das Ausbleiben jeglicher Abrüstung. Der Westen geht erneut zur Konfrontationspolitik über.

Alarmierend ist der „Raketenbeschluss“ des NATO-Ministerrats vom 12.

Dezember 1979 – Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen strategischer Bestimmung in Westeuropa.

Dann bestand die Befürchtung eines Angriffs der USA auf den Iran: An der sowjetischen Südflanke! Zudem die Hinweise, dass sich die afghanische Führung mittelfristig auf die USA als strategischen Partner orientiert. Letztere könnten sich in Afghanistan militärisch festsetzen, eine neue Front gegen die UdSSR eröffnen. Außerdem ängstigt Moskau ein Überschwappen des Islamismus auf die angrenzenden Sowjetrepubliken.

Washington erhielt vielleicht Zugriff auf die dortigen Rohstoff- und besonders die Erdölquellen. Ferner war die afghanische Führung für den eigenen Machterhalt zu Terror gegen Teile der eigenen Bevölkerung übergegangen.

Das destabilisierte die Lage bedrohlich. Schließlich verzeichnete man immer

deutlicher eine Annä-

herung des verfeindeten China an die USA.

Aufgabe des sowjetischen

Truppenkontingentes ist, die gesellschaftlichen

Veränderungen seit der Machtübernahme der linken Demokratischen Volkspartei Afghanistans am 27. April 1978 (Saur-Revolution) gegen einen wachsenden bewaffneten Widerstand abzusichern. Eine Befriedung sollte binnen Jahresfrist gelingen, wobei die sowjetischen Truppen nur durch ihre bloße Anwesenheit wirken sollen.

Die Lage sollte stabilisiert werden

Es kam anders. Die UdSSR verstrickte sich in einen nicht zu gewinnenden Krieg. 150.000 irreguläre Kämpfer von rund 30 Mujaheddin-Gruppen stehen der sowjetischen Militärmacht und den afghanischen Regierungstruppen gegenüber. Sie erhalten Hilfe durch mindestens 35.000 Freiwillige

aus 43 islamischen Ländern. Obwohl offiziell geleugnet, wird die bewaffnete Opposition massiv von Washington unterstützt. Nach dem Kalten Krieg gestehen die USA ein, dass sie ihrem Hauptgegner ein „eigenes Vietnam“ bereiten wollten. Schätzungen belaufen sich auf drei Milliarden Dollar für die Aufständischen in den ersten zehn Jahren des Krieges.

Am Ende bezahlen 13.887 Sowjetsoldaten den Krieg mit dem Leben, knapp 54.000 werden verwundet. Mindestens 200.000 Tote unter der Zivilbevölkerung und zwei Millionen Flüchtlinge sind zu beklagen.

Verhandlungen münden am 14. April 1988 im Genfer Abkommen zwischen Afghanistan, Pakistan, der UdSSR und den USA. Während Washington und Islamabad das Abkommen unterlaufen, beginnt Moskau am 15. Mai 1988 mit der Rückführung der Streitkräfte, die am 15. Februar 1989 endet. Afghanistan versinkt nun erst recht im Bürgerkrieg, der sich mit der Eroberung Kabuls durch die Aufständischen am 28. April 1992 entscheidet. Am 7. Oktober 2001 beginnen die USA, unterstützt von Großbritannien, einen Angriffskrieg, der zur Besetzung Afghanistans und zur Installierung willfähriger Regierungen dort führt – für die nunmehrigen Angreifer ein kommendes Debakel.

Für die UdSSR bedeutet ihr militärisches Eingreifen in Afghanistan eine der schwersten Belastungen der inneren Stabilität in ihrer gesamten Geschichte. Das fällt mit gravierenden strukturellen Defiziten des realsozialistischen Systems, fundamentalen Fehlentscheidungen der sowjetischen politischen Führung auf vielen Gebieten und dem zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck seitens der USA und ihrer Verbündeten zusammen. Das Ende ist die Auflösung der UdSSR am 21. Dezember 1991, der Zerfall der seit Zar Peter I. bestehenden multinationalen russischen bzw. sowjetischen Weltmacht, der Rückfall ihrer bisherigen Bestandteile in den Kapitalismus und der Untergang des Realsozialismus in Europa.

Blick
zurück

Die Mischung **stimmt**

LINKE Brandenburg wählte Kandidatinnen und Kandidaten für Landtagswahl

Seite 11

LINKE wählte neuen Landesvorstand

OW-Beitrag/sw

Christian Görke ist der neue Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg. Auf dem Landesparteitag Mitte Januar wurde er mit 77 Prozent zum neuen Vorsitzenden gewählt. Landesschatzmeister bleibt weiterhin Mathias Osterburg und die bisherige Landesgeschäftsführerin, Andrea Johlige,

46 Kandidaten und Kandidaten aller Politikfelder schickt die LINKE ins Rennen.

Foto: J. Bergmann



Von Sebastian Walter
Am 24. und 25. Januar wählte die LINKE Brandenburg ihre Liste für die Landtagswahlen am 14. September. „Die brandenburgische LINKE ist bereit für den wohl härtesten Wahlkampf ihrer Geschichte“, sagte der Spitzenkandidat der LINKEN, Christian Görke, kämpferisch nach seiner Wahl. Er rief seine Partei dazu auf, der CDU im Land die rote Karte zu zeigen. „Brandenburg braucht diese destruktive, vergangenheitsorientierte CDU nicht.“

Die Partei will beweisen, dass es kein Naturgesetz ist, dass die LINKE verliert, wenn sie in der Regierung ist. Deshalb ist das Ziel klar: 25 + X Prozent bei der kommenden Wahl. Mit den Themen Bildung, Gesund-

heit und Arbeit will das Team um Görke punkten. Eine Gemeinschaftsschule für alle Kinder, eine flächendeckende Versorgung mit Haus- und Fachärzten sowie die Erhöhung des Mindestlohns bei öffentlichen Aufträgen auf 10 € sind das Ziel für die kommende Wahlperiode. Dazu hat die LINKE ein starkes Team aufgestellt. Die Barnimer Abgeordnete Margitta Mächtig ist auf Listenplatz 5 und Wirtschaftsminister Ralf Christoffers aus Bernau auf Platz 8 nominiert. Der dritte im Bunde aus dem Barnim, Dr. Michael Luthardt, setzt alles auf die Verteidigung seines Direktmandates.

Die Überraschung gelang der 47-jährigen Lehrerin Kathrin Dannenberg aus Calau, die Quereinsteigerin wurde auf

Anhieb auf Listenplatz 2 gewählt. Viele neue und junge Gesichter sind auf die vorderen Listenplätze nominiert worden. Unter anderem die 24-jährige Studentin Isabell Vandre oder die Kandidatin aus Elbe-Elster, Diana Bader.

Die Mischung scheint zu stimmen, erfahrene Abgeordnete, aber ebenso junge und auch kompetente Kandidatinnen und Kandidaten werden für die LINKE Brandenburg in den Wahlkampf ziehen und für ein soziales und gerechtes Land streiten. Im Juni wird die Partei – nach den Kommunal- und Europawahlen – ihr Landtagswahlprogramm verabschieden.

Landesliste LINKE: Die ersten 23

1. Christian Görke, Finanzen
2. Kathrin Dannenberg, Bildung
3. Gerrit Große, Bildung
4. Volkmar Schöneburg, Recht
5. Margitta Mächtig, Recht
6. Thomas Dommres, Wirtschaft
7. Anita Tack, Gesundheit/Umwelt
8. Ralf Christoffers, Wirtschaft
9. Isabelle Vandre, Studentin
10. Stefan Ludwig, Kommunales
11. Diana Bader, Studentin
12. Matthias Loehr, Wirtschaft
13. Kerstin Kaiser, Europapolitik
14. Andreas Bernig, Arbeitsmarkt
15. Andrea Johlige
16. René Wilke, Frankfurt/Oder
17. Anke Schwarzenberg, Lausitz
18. Marco Büchel, Soziales
19. Bettina Fortunato, Asylpolitik
20. Carsten Preuß,
21. Kerstin Hucht,
22. Norbert Müller, Verbraucher
23. Astrit Rabinowitsch, Senioren

Pleiten, Pech **und** Pannen

Wie soll man das Verkehrschaos am Bernauer Bahnhof in den Griff kriegen?

Von Margot Ziemann
Stadtverordnete Bernau

Nun haben wir es also amtlich bestätigt bekommen: „Dieser ganze Platz ist eine Fehlplanung“, so Wolfgang Arlt von der Führungsstelle der Barnimer Polizei nach regelmäßigen Kontrollen auf dem Bernauer Bahnhofsvorplatz. Eine Erkenntnis, die die Nutzer des Platzes schon seit langem machen und deshalb auch schon seit langem kritisieren. Statt des gewünschten effektiven „Verkehrsplatzes“ herrscht am neuen Bernauer Bahnhofsvorplatz das Chaos.

Frühere Baumeister wählten mit Bedacht einen grünen Platz mit Umfahrung – davon ist nur noch eine Verkehrsschneise übrig, auf der sich die verschiedenen Verkehrsteilnehmer, Busse, Taxen, Autofahrer, Fußgänger und Radfahrer auch

noch gegenseitig behindern.

Wie konnte es dazu kommen? Die Entscheidung für die Gestaltung des Bahnhofsplatzes hatte bereits die vorige Stadtverordnetenversammlung nach einem Architektenwettbewerb getroffen. Es gelang uns wenigstens noch zu erreichen, dass die „Steinerne Renne“ mit zusätzlichen Bäumen begrünt wird. Auch den Bauablauf kann man getrost als eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen bezeichnen. Erst waren die Borte für die Bushaltestellen falsch berechnet, dann nicht verfügbar und mussten aus China herbeigeschafft werden.

Dann stellte sich heraus, dass die Busschleifen zu gering bemessen waren. Schließlich opponierten die Taxifahrer, dass ihre Aufstellflächen zu knapp sind. Die Kurzzeitparker behindern die Ein- und Ausfahrt der Busse,

beschwert sich die Barnimer Busgesellschaft. Die Zufahrt zur Paktpalette führt nun über den breiten Fußgängerbereich. Autofahrer und Radfahrer aus dem Fahrradparkhaus nehmen keine Rücksicht auf die Fußgänger. Das Chaos ist also komplett.

Wer aber ist schuld daran?, fragen sich jetzt viele. Bürgermeister Handke mochte sich dazu nach Anfragen in der Bürgerfragestunde im Januar nicht festlegen und ist um Schadensbegrenzung bemüht. Fakt ist, dass nicht nur Erfolge, sondern auch eine Fehlplanung wie diese, viele Väter hat, die sich aber nicht so recht dazu bekennen wollen. Das betrifft die Planer wie die Jurymitglieder des Wettbewerbes, die diesen Entwurf zur Auswahl empfahlen. Es betrifft aber auch die Stadtverordneten, die diesen Planentwurf wohl zu unkritisch betrachteten und

beschlossen haben. Es sei außerdem darauf verwiesen, dass alle Behörden, die jetzt mühsam nach einer Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Platz suchen, bereits 2006/2007 die Pläne auf dem Tisch hatten und Stellungnahmen dazu abgegeben haben. Das betrifft die Straßenverkehrsbehörde des Kreises, die Polizeidirektion, die Busgesellschaft, das städtische Planungsamt, die Baugenehmigungsbehörde des Landkreises und andere.

Was mir als Laien mit gesundem Menschenverstand ins Auge fiel, hätten doch erst recht die Fachleute merken müssen. Oder hat man vielleicht gar nicht so genau hingeschaut? Eine Schlussfolgerung zumindest gibt es: Obacht bei allen Projekten und künftigen Wettbewerben zur Orts- und Stadtgestaltung. Planer sind keine Götter.

setzte sich knapp gegen den ehemaligen Kreisvorsitzenden aus Märkisch-Oderland, Bernd Sachse, durch. Unter den neuen Stellvertretenden Landesvorsitzenden befindet sich neben der Bürgermeisterin aus Nuthetal, Ute Hustig (87 Prozent), die stellvertretende Regierungssprecherin, Gerlinde Krahnert (86 Prozent), und der Landtagsabgeordnete Norbert Müller (63 Prozent), auch der Barnimer Kreisvorsitzende Sebastian Walter (86 Prozent). „Ich will ein Brandenburg für Alle. In dem die Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen, sich einmischen und mitmachen. Für diese Vision will ich streiten. Streiten mit einer starken LINKEN und für eine starke LINKE in diesem Land.“ machte Walter in seiner Rede deutlich. Die LINKE müsse sich verändern, um attraktiv für neue Mitglieder zu bleiben. Mehr Räume für Diskussionen müssten gefunden werden, in denen wieder offen und strategisch diskutiert werden könne. Partei in Bewegung und für den Alltag zu sein, sei sein Wunsch für die LINKE Brandenburg. Die Debatten um die Ämterhäufung um Christian Görke spielten natürlich eine wichtige Rolle. Mit ihm werde es kein Demokratiedefizit in der Partei geben. Er wolle nur im Team arbeiten. Er schlug eine Mitgliederbefragung zum möglichen neuen Koalitionsvertrag nach der Landtagswahl vor. Als Mitglieder des Landesvorstandes wurden gewählt: Uta Barkusky, Diana Golze, Juliane Pfeiffer, Anne-Frieda Reinke, Kirsten Tackmann, Daniela Trochowski, Andreas Bernig, Martin Günther, Sascha Krämer, Thomas Nord und Sten Marquäß.



Von Gisela Zimmermann
Berty Albrecht wurde am 15.02.1893 in Marseille geboren. Sie erlernte den Beruf einer Krankenschwester und arbeitete zu Beginn des 1. Weltkrieges in Marseille für das Rote Kreuz. 1918 heiratete Berty den niederländischen Bankier Frédéric Albrecht, mit dem sie zwei Kinder hatte. 1924 zog die Familie nach London, wo Berty englische Feministinnen kennenlernte und sich für die Gleichstellung der Frauen einsetzte. Nach der Trennung von ihrem Ehemann ging sie 1931 nach Paris. Mit der Gründung der feministischen Zeitschrift *Le Problème sexuel* 1933 setzte sie sich für das Wahlrecht für Frauen, für Empfängnisverhütung und Abtreibung ein. Bereits 1933 versteckte Berty deutsche Flüchtlinge. In dieser Zeit lernte sie ihren späteren Lebensgefährten Henri Frenay kennen. 1937 machte Berty Albrecht eine Ausbildung als Sozialarbeiterin. Ende 1940 gründete sie mit Henri die Widerstandsgruppe *Combat*. Sie beteiligten sich u. a. an der Herausgabe und Verbreitung der zweimal wöchentlich erscheinenden Untergrundzeitschrift „*Le Bulletin*“. Aufgrund ihrer Aktivitäten vor dem Krieg und als Beamte des französischen Staates wurde Berty vom französischen Inlandsgeheimdienst überwacht und 1942 festgenommen, konnte allerdings fliehen. 1943 wurde sie von der Gestapo verhaftet und gefoltert. Am 31.05.1943 beging sie im Gefängnis von Fresnes Selbstmord. Nach dem Krieg erhielt sie ein Ehrengrab im Memorial de la France Combattante auf dem Mont Valerien und wurde u. a. mit dem Ordre de la Liberation geehrt.

Misswahl und Mindestlohn

Womit Wandlitz Schlagzeilen macht

Von Fraktion DIE LINKE/ Die Grünen Wandlitz

Sophie Anwander, 19 Jahre, hat zu Jahresbeginn Schlagzeilen gemacht. Sie, die Wandlitzerin, wurde zur Miss Ostdeutschland gekürt.

Unser Ort hat die Hübscheste, was ohnehin klar war, und das ist ja doch auch irgendwie identitätsstiftend.

Schlagzeilen, wenn auch anderer Art, wollten auch wir Gemeindevertreter der LINKEN machen, als wir anregten, dass unsere Gemeinde beispielgebend in Sachen Mindestlohn tätig wird.

Auf der letzten Sitzung der Gemeindevertretung schlugen wir vor, dass die Gemeinde künftig Aufträge nur noch an die Firmen vergibt, die den Mindestlohn von 8,50 € zahlen. Im zähen Prozess, hin zu einer Vergütung, von der man leidlich leben kann, wollten wir ein Zeichen setzen, das beschleunigend wirken könnte.

Wir wollten das, nicht nur, weil der Mindestlohn in 21 europäischen Ländern erprobter Standard ist, sondern weil auch etwa 15 Prozent der Brandenburger diesen Grundlohn dringend benötigen. Wir erklärten: „Jeder Mensch brauche ein Einkommen zum Auskommen“. Wir wussten auch, dass unsere Gemeinde Wandlitz, zum Beispiel seit Jahren ihre Unterlagen mittels eines Unternehmens verschickt, das diese Kriterien nicht erfüllt. Doch mit 13-mal „Nein“ schmetterte eine Mehrheit der Wandlitzer Gemeindevertreter den Antrag ab, hinter dem die Fraktion der LINKEN und Grünen geschlossen stand. Der unabhängige Glasermeister Jürgen Hintze unterstützte unsere Idee und meinte: „Da Bürger für ihre Rente selbst sorgen sollen, brauchen sie den Mindestlohn“.

Die Wandlitzer Fraktion der SPD stimmte mit der



Die Zeit ist doch nicht stehen geblieben. Der Lohn von damals ist nicht mehr zeitgemäß Foto: Andreas Preuß/pixelio.de

CDU geschlossen gegen diese mindestlohnorientierte Vergabebedingung in Wandlitz, obwohl deren Parteiführung den Mindestlohn in das Regierungsprogramm eingebracht hatte. Die Mehrheit der Gemeindevertreter will aber lieber auf die Entscheidungen der „Großen Politik“ warten. Dabei wäre das ein Bekenntnis

für mehr Menschenwürde gewesen. Solch ein Einkommen ist das absolute Minimum, mit dem man keine großen Sprünge machen kann. Aber es wäre ein Schritt in die richtige Richtung, ein Zeichen, eine Botschaft, eine Schlagzeile wert. So macht nur unsere Schönheitskönigin Schlagzeilen. Herzlichen Glückwunsch Sophie!

OW Preisrätsel

Gewinnerin der Dezember-Ausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: U. Paegelow, Wandlitz. Das Lösungswort lautet: Fontane; **Lösungswort dieser Ausgabe:** 2. senkrecht benennt ein Ereignis im Februar, das in einigen Barnimer Orten gefeiert wird, **bis zum 20. März 2014** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 2. Süßwasserspeisefisch, 7. religiöse Wohnanlage, 11. Vorhaben, 12. Anlage f. Gärfutter, 14. Weinranke, 15. Getreideart, 16. trop. Harz, 17. dt. Philosoph (1724-1804), 18. griech. Buchstabe, 20. Staffelläuferin aus Neubrandenburg, Goldmedaille EM 1990, 21. belg.-ital. Sänger, geb. 1943, 23. Flachland, 26. Anhänger d. Technomusik, 27. anglo-amerikan. Flächeneinheit, 29. bibl. Sohn d. Judas, 30. chem. organ. Verbindung, 32. Polit-Fernsehjournalistin (geb. 1966), 33. bildender Künstler, 36. Haushaltsplan, 38. Teil d. Fußes, 39. Teil d. Tafelgeschirrs, 41. Verbrennungsrückstand, 44. Titelgestalt bei Tolstoi, 45. estn. Kulturjournalist (geb. 1953), 47. Stadt im rumän. Banater Gebirge, 50. Weberkamm, 52. Saiteninstrument, 53. Kartenspiel, 55. dt. Literaturwissenschaftler (geb. 1939), Gründungsmitglied der Freien Akademie d. Künste Leipzig, 56. Marderart, 57. Kritik, Zurechtweisung, 59. Schiffstagerese, 62. ohne Ausnahme, 64. engl.: Ohr, 65. heiliges Gefäß, 66. Sportboot, 67. Kellner, 69. kroat. Adria-Insel, 70. Anrede, 71. Minderheit in Südwest-China, 72. umgangssprachl.: Quatsch machen, 73. Antilopenart

Senkrecht: 1. farbiges Band nach Lichtzerlegung, 2. närr. Fest, 3. franz. Kanton, 4. Reittier, 5. dän. Käsesorte, 6. absolute Verneinung, 7. Seebad auf Usedom, 8. Chefin, 9. gehen, laufen, 10. Kreistanz, 13. Teil d. Auges, 19. Gartenarbeit, 21. trop. Langschwanzpapagei, 22. illyr. Flüssigkeitsmaß, 24. Befestigungselement, 25. flaches Boot, 28. engl.: Scheibe, Speichermedium, 31. Lufthauch, 34. eine Heilpflanze, 35. franz. Kartenspiel, 37. japan. Lehen, 40. Wasserstrudel, 42. Wund-, Brandmal, 43. franz. Gemeinde in Lothringen, 46. Laubbaum, Rüster, 48. Einlegearbeit, 49. Name alt-röm. plebej. Familien, 51. Vergütung f. einen Arbeitstag, 53. Arbeitsausstand, 54. griech. Gott d. Schönheit, 58. Insektenstadium, 60. lat.: Land, Erde, 61. Kastenschiff Noahs, 63. Kfz-Kennzeichen f. Landkreis Ebersberg, 65. hell tönend, 68. Sandwüste in der Sahara

